

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 2

Köln, den 13. Januar 1933

34. Jahrg.

Arbeitsbeschaffung gegen Arbeitslosigkeit.

Die Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit die deutsche Schicksalsfrage sei, ist nicht neu. Die Gewerkschaften haben sie vor Jahr und Tag schon als solche bezeichnet, höchste Regierungsstellen bedienten sich der Wortprägung, und mit dem Brustton der Überzeugung machte man selbst im Unternehmerlager Gebrauch davon. Es hat seitdem nicht an Plänen gefehlt zur Lösung des Arbeitslosenproblems. Auch Maßnahmen wurden getroffen, die eine Milderung der Arbeitslosennot zum Ziele hatten. Pläne und Maßnahmen aber litten alle darunter, daß sie entweder nicht durchgeführt wurden oder unzulänglich waren.

Ein „sozialer General“ amtiert seit einigen Wochen als Reichskanzler. Als Politiker ist dieser Kanzler außerordentlich bestritten. Aber sein Regierungsprogramm, durch den Rundfunk verkündet, enthält eine Reihe von Punkten, die von der deutschen Arbeiterschaft zustimmend anerkannt werden und neue Hoffnungen wecken. Das Programm der Regierung, so erklärte der Kanzler, umfasse nur einen Punkt: Arbeitsbeschaffung. Zum Mitglied des Kabinetts wurde deshalb der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung bestellt in der Person des früheren Landrats Dr. Gereke. Er hat die Aufgabe, die Arbeitsbeschaffung zu organisieren und zu überwachen, bürokratische und sonstige Hemmungen zu überwinden. Diese Aufgabe dürfte nicht gerade leicht sein.

Das erweist sich schon beim Beginn der Tätigkeit des neuen Reichskommissars. Dr. Gereke hat keinen guten Start gehabt, und die Schwierigkeiten, die man ihm von Anfang an in seinem neuen Amte macht, setzen sich in verschiedenen Variationen bald mild, bald kräftig fort, angefangen von den Büroräumen, dem Personal und dem Dienstauto bis zu den großen Entscheidungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und seine Finanzierung. Die hohe Bürokratie sieht mit einem neuen Amt neue Kompetenzkonflikte herausziehen, die natürlich im Keime erstickt werden müssen, und so sieht man denn bemerkenswerterweise das Reichswirtschaftsministerium Arm in Arm mit dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsarbeitsministerium. Alle drei Ministerien fühlen sich dadurch bedrängt und in ihren alten Hoheitsrechten verletzt, daß Dr. Gereke in verschiedenen wichtigen Ausschüssen mit außerordentlichen Befugnissen sitzt und die Möglichkeit hat, den Ressorts in die Akten zu gucken und ihnen vielleicht sogar hineinzureden, kurz: eben den Schäferhund zu spielen. Die Verteidigung älterer Rechte schafft damit ganz natürlich eine gewisse Einheitsfront der passiven Resistenz.

Trotzdem gelang es wenige Tage vor Weihnachten, das Programm für Arbeitsbeschaffung fertigzustellen und der Öffentlichkeit zu übermitteln. Dr. Gereke sprach darüber vor dem Mikrophon. Es sollen vor allem öffentliche Arbeiten in die Wege geleitet bzw. fortgeführt werden. Brücken- und Straßenbau, Meliorationsarbeiten, Flurbereinigungen, Flußregulierungen, Eindeichungen, Verbesserung der Verkehrsmöglichkeiten auf dem Lande und nicht zuletzt die Siedlung sollen durchgeführt werden. Auf Grund der Verhandlungen mit der Reichsbank lasse sich sagen, daß sich das Sofortprogramm im Rahmen der von Reichsbankpräsident Luthner in seiner Münchener Rede enthaltenen Ausführungen über die Kreditausweitungsmöglichkeiten bis zu 2,7 Milliarden Reichsmark halten werde. Für die ersten Maßnahmen komme ein Betrag von rund 500 Millionen Reichsmark in Frage. Über die Beschaffung dieser 500 Millionen Reichsmark soll nach Abschluß der zurzeit noch laufenden Verhandlungen Mitteilung gemacht werden.

Dr. Gereke erklärte dann weiter, daß er sich vom Grundsatz der Dezentralisation leiten lassen werde. Die Kredite würden unter

besonders günstigen Bedingungen auf Antrag gegeben werden. Die Darlehen sind zurückzuzahlen. In besonderen Notfällen soll das Reich die Zinsen- und Speifenfrage regeln.

Dr. Gereke hofft, daß sich der Instanzenzug so beschleunigen lasse, daß höchstwahrscheinlich schon im Januar die Aufträge an die Unternehmer erteilt werden könnten. Besonderen Wert legt der Reichskommissar darauf, daß schnelle Arbeit geleistet werde, für die in erster Linie die bisher aus finanziellen Rücksichten liegen gebliebenen Arbeiten in Frage kämen. Auf dem Gebiete der Hausreparaturen seien seinerzeit vom Reichsarbeitsministerium bereits 50 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt worden, was eigentlich das Fünffache bedeute, wenn man bedenke, daß 80 v. H. der Hausreparaturen der Hauseigentümer selbst tragen müsse. Darüber hinaus sollen jetzt insbesondere für die Innenreparaturen weitere 50 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden. Als ein Beispiel für die Möglichkeiten der öffentlichen Arbeitsbeschaffung bezeichnete Dr. Gereke die Brückenbauten. Es müßten sofort all die Dinge in Angriff genommen werden, die normalerweise längst hätten erledigt sein müssen. Es handele sich hier um sehr große Rückstände, so daß der weitgezogene Rahmen der Kreditausweitung durchaus verständlich sei. Fehlinvestitionen dürften selbstverständlich nicht vorkommen. Aus diesem Grunde würden die Richtlinien für die Gewährung der Gelder besonders scharf sein. Diese Richtlinien würden im Einvernehmen mit dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium noch bearbeitet.

Träger der Arbeit sollen öffentlich-rechtliche Körperschaften, Länder und Kommunen sein. Die Arbeiten selbst werden nicht als Notstandsarbeiten, sondern als reguläre Arbeiten durchgeführt. Für die Entlohnung der dazu notwendigen Arbeitskräfte ist das von besonderer Bedeutung. Für die Ausführung der Arbeit sollen vornehmlich Privatunternehmungen herangezogen werden. Die Gewerkschaften haben gefordert, daß bei den vorgegebenen Arbeiten das Reichsarbeitsministerium auf die Einhaltung der 40stündigen Arbeitswoche bedacht sein möge, um so eine Steigerung der Beschäftigtenzahl zu erreichen.

Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms bereitet gewisse Schwierigkeiten, die in der Hauptsache jedoch überwunden sein dürften. Verfügbare Beträge aus früheren Planungen mit etwa 700 Millionen Reichsmark und die nicht verwandten Summen aus den Papenschen Lohnprämien-Steuerergüttscheinen ergeben insgesamt weit über eine Milliarde Reichsmark an Mitteln. Für das vorgenannte Sofortprogramm will die Regierung vorab 500 Millionen Reichsmark bereitstellen. Die Verteilung der Mittel soll durch den Reichskommissar selbst nach vorausgegangener Prüfung der beantragten Arbeiten durch Kreditausschüsse erfolgen. Die im Rahmen der Arbeitsbeschaffung durch Post und Eisenbahn zu vergebenden Arbeiten sollen, soweit das noch nicht geschehen, bald in Auftrag gegeben werden.

Soweit der Plan, dessen Einzelheiten uns noch beschäftigen dürften. Die Durchführung und Verwirklichung des Planes muß mit allen geeigneten Mitteln betrieben, die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten und Hemmungen überwunden werden. Die letzteren sind nicht nur bürokratischer Natur, sondern durch die Haltung gewisser Interessentenschichten verursacht. Die Hochfinanz ist schon gar nicht für Arbeitsbeschaffung, weil diese außerhalb der von ihr beanspruchten Finanzkontrolle durchgeführt werden muß. Die Exportindustrie ist nicht für so merkwürdige Dinge wie Arbeitsbeschaffung, weil sie nur an exportfördernden Maßnahmen Interesse hat und sich für binnenmarktpolitische Angelegenheit schlecht erwärmen kann. Man

fürchtet die Bildung eines Wirtschaftsfaktors, der nach anderen als den angeblich allein bewährten Prinzipien arbeiten könnte. Die übrigen Industrien wären vielleicht dafür, wenn die Initiative von der Privatwirtschaft herkäme, statt von staatlicher Seite. Gegner der Arbeitsbeschaffung ist ein kleiner, aber sehr einflußreicher Kreis, demgegenüber die Befürworter: Arbeiterschaft, Handwerk und mittleres Gewerbe, Einzelhandel und Landwirtschaft nur wenig ausrichten können, wenn sie nicht ihrem Standpunkt energisch Geltung zu verschaffen verstehen.

Wunderdinge erwarten wir von der Arbeitsbeschaffung nach den Plänen Dr. Gerekes keineswegs. Wir wissen, daß diese Pläne eine gewisse Anlaufzeit benötigen und allein gar nicht genügen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Sie werden aber eine Milderung derselben herbeiführen und sind als Mittel, den Anlauf der Wirtschaft in Fluß zu bringen und zu beschleunigen, nicht zu unterschätzen. Nicht zuletzt ist uns der durch die Arbeitsbeschaffung zu erzielende moralische Erfolg wichtig genug, von uns aus den Plänen jede Unterstützung zu leihen. Die bisher vertretene Meinung, daß Unterstützungen billiger sind als Arbeitsbeschaffung, mag vom fiskalischen Standpunkt nicht falsch sein. Im allgemeinen Volksinteresse und vom arbeitsmarkt-politischen Blickfelde aus ist aber der Arbeitsbeschaffung unbedingt den Vorzug zu geben. Darum sind wir für Arbeitsbeschaffung!

Dringend notwendige Korrektur.

Das wenig glückliche System der Lohnprämien in Form von Steuergutscheinen, das die Regierung Papen eingeführt hat, zeigt erneut, welche unliebsamen Wirkungen die mangelhaft durchdachte Schnellgesetzgebung mit Hilfe des Artikels 48 hat. Die Lohnprämien, die bei Mehreinstellungen gewährt werden, haben den Zweck, die Unternehmungslust zu erhöhen. Der Unternehmer soll also von sich aus eine Erweiterung der Produktion anstreben, wobei ihm die Steuergutscheine die Finanzierung erleichtern sollen. Das im Gang befindliche Arbeitsbeschaffungsprogramm wird bekanntlich um 500 Millionen Reichsmark erweitert. In diesem Falle ist der Staat der Unternehmer, der mit Vergebung von Aufträgen eine Ausdehnung der Produktion hervorruft. Der Staat muß sich das Geld beschaffen, ist also gegenüber den Geldgebern der Schuldner. Das ist auch dann der Fall, wenn er für solche Wechsel, die von Unternehmern ausgestellt werden, die Haftung übernimmt. Die Arbeitsbeschaffung selbst muß irgendwann einmal aus Steuern endgültig bezahlt werden.

Nun erhalten die Unternehmer, die öffentliche Arbeitsbeschaffungsaufträge durchführen und deshalb ihre Belegschaft erhöhen, ebenfalls Steuergutscheine. Das ist ein unmöglicher Zustand. Diese Unternehmer unternehmen ja gar nichts, sondern führen nur Aufträge aus. Dafür bekommen sie eine Prämie. Die Rechtslage zwingt zweifellos zur Zahlung der Lohnprämie. Aber schlecht durchdachte Gesetze müssen eben geändert werden, zumal man an zuständigen Stellen sich über den moralisch bedenklichen Charakter derartiger Lohnprämien im klaren ist, aber offenbar nicht wagt, die erforderliche Gesetzesänderung vorzunehmen. Darüber muß man sich um so mehr wundern, als man in anderen Fällen mit neuen Gesetzen sehr schnell bei der Hand ist.

Volkseinkommen, Einkommensschichtung, Einkommensquellen.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht im zweiten Novemberheft von Wirtschaft und Statistik einen Auszug aus den Ergebnissen einer eingehenden Untersuchung des deutschen Volkseinkommens mit folgenden beachtenswerten Zahlen:

Die Entwicklung des Volkseinkommens.

Das deutsche Volkseinkommen ist seit etwa 1890 bis zum Ausbruch des Weltkrieges von rund 25 auf 50 Milliarden Mark oder, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, von 500 auf 750 Mark gewachsen. Von diesem jähen Anstieg war jedoch der überwiegende Teil lediglich Ausdruck des gesunkenen Geldwertes. Die Summe des Volkseinkommens hat in den beiden letzten Vorkriegsjahrzehnten zwar jährlich im Durchschnitt nennweise um 3,2% zugenommen; doch wurden von diesem Zuwachs je reichlich zwei Fünftel

durch die Derringerung des Geldwertes und durch die Bevölkerungsvermehrung aufgezehrt, so daß an wirklicher Steigerung des Wohlstandes je Kopf nur etwa 0,5% im Jahre verblieb.

Volkseinkommen im Reich (in Kaufkraft von 1928)

	insgesamt im Reich	je Kopf der Bevölkerung (in RM)	je Vollperson
1913	69 326	1162	1505
1925	65 087	1043	1285
1926	67 332	1071	1318
1927	72 717	1150	1413
1928	75 373	1185	1453
1929	75 062	1174	1436
1930	72 260	1124	1372
1931	63 713	986	1201

Das deutsche Volkseinkommen, das 1913 im alten Reichsgebiet rund 50 Milliarden Mark damaliger Kaufkraft betrug, ist im jetzigen Gebiet von 1925 bis 1929, dem bisherigen Höhepunkt der Nachkriegsentwicklung, nennweise von 60 auf 76 Milliarden Reichsmark gestiegen und in dem Krisenjahr 1931 auf 57 Milliarden Reichsmark gesunken. Aber die Gesamtzahlen des Volkseinkommens sind nur bei Beziehung auf den gleichen Gebietsstand vergleichbar. Die Umrechnung auf das heutige Reichsgebiet ergibt für 1913 nur 45,7 Milliarden Mark damaliger Kaufkraft, also bis 1929 einen Nennzuwachs der Gesamteinkommen von 67%. Die Umrechnung auf Kaufkraft von 1928 (durchgeführt mit den Reichsindezzahlen der Lebenshaltungskosten) zeigt indessen, daß von jener nominalen Steigerung der überwiegende Teil Ausdruck des veränderten Geldwertes ist. In Kaufkraft von 1928 betrug der Zuwachs der Gesamteinkommen von 1913 bis 1929 nur 8%. Schaltet man ferner den Faktor der größeren Bevölkerungsdichte durch Berechnung der Kopfeinkommen aus, so schrumpft der Zuwachs der Kaufkraft zwischen 1913 und 1929 auf 1% zusammen. Wird weiter noch der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung (Überalterung) durch Umrechnung der Bevölkerung auf Verbrauchseinheiten (Vollpersonen) berücksichtigt, so ergibt sich für 1929 statt einer einprozentigen Zunahme der Kaufkraft eine Abnahme um rund 5%.

Die Einkommensschichtung.

Einkommensstufen 1928	Anzahl der Einkommensbezieher in 1000 in % der Gesamtzahl	Privateinkommen in Mill. RM	in % der Gesamtzahl
0—1200 RM	18 041	57,78	20 577
über 1 200— 3 000 RM	9 941	31,84	26 005
" 3 000— 5 000 RM	1 991	6,38	9 888
" 5 000— 8 000 RM	779	2,50	6 239
" 8 000— 12 000 RM	251	0,80	2 849
" 12 000— 16 000 RM	86	0,28	1 410
" 16 000— 25 000 RM	73	0,23	1 698
" 25 000— 50 000 RM	42	0,13	1 706
" 50 000—100 000 RM	12	0,04	1 010
" 100 000 RM	5	0,02	1 295

Im Jahre 1913 entfielen auf die Einkommensstufen bis 1500 M. vier Fünftel der Einkommensbezieher mit knapp der Hälfte der Einkommen. In den mittleren Stufen von 1500 bis 6000 M. bezog knapp ein Fünftel der Pflichtigen 30% der Einkommen, während in den Stufen über 6000 M. kaum 2% der Pflichtigen über ein Fünftel der Einkommen bezogen. Aber im Jahre 1928 entfielen auf die Stufen bis 3000 RM neun Zehntel der Pflichtigen mit über drei Fünftel der Einkommen. Stellt man die Vorkriegsdaten in Einkommensstufen vergleichbarer Kaufkraft gegenüber, so erscheint als hervorstechendste Veränderung der Schwund der hohen Einkommen, der in allen Stufen über 16000 M. zu einem absoluten und anteilmäßigen Rückgang geführt hat.

Die einzelnen Einkommensarten sind innerhalb der Einkommensstufen von ganz verschiedener Bedeutung. In den Stufen bis 5000 RM entfallen 1928 etwa zwei Drittel der Gesamtsumme auf das Arbeitseinkommen. Der Rest besteht unter 1200 RM in erster Linie aus Renteneinkommen. Zwischen 1200 und 3000 RM sind die landwirtschaftlichen Einkünfte etwa ebenso stark wie die gewerblichen, zwischen 3000 und 5000 RM kaum halb so stark wie diese vertreten. Das Arbeitseinkommen spielt wegen der Gehälter der leitenden Beamten und Angestellten auch in den oberen Stufen eine erhebliche Rolle. Die gewerblichen Einkünfte nehmen, ebenso wie der Kapitalertrag, mit steigender Einkommenshöhe an Bedeutung zu, während für die Landwirtschaft im großen ganzen das Umgekehrte gilt.

Die Einkommensquellen.

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, die schon vor dem Kriege von dem allgemeinen Auftrieb kaum berührt wurden, sind nach dem Kriege trotz des gesunkenen Geldwertes kaum über ihren Vorkriegsnennbetrag hinausgekommen und dem Geldwert nach erheblich gesunken. Die gewerblichen Einkünfte erreichten vor dem Kriege nicht ganz das durchschnittliche Zeitmaß der Entwicklung des Volkseinkommens, da der Fortschritt der Industrialisierung zwar einerseits das Gewerbe begünstigte, andererseits aber durch die Aufsaugung vieler Klein- und Mittelbetriebe ihre bisher selbständigen Träger in die Arbeitnehmerberufe — und damit in der Steuerstatistik zum Arbeitseinkommen — abdrängte. In der Nachkriegszeit hat sich dies fortgesetzt, so daß der Vorkriegswert an Kaufkraft auch in der Hochkonjunktur von 1928 nicht wieder erreicht wurde. Das Miteinkommen ist mit reichlich drei Vierteln an den Vorkriegsstand herangekommen. Die Einkünfte aus Kapitalvermögen zeigen an deutlichsten die Nachwirkungen der Inflation; bis 1931 hat diese Einkommensgruppe erst etwa zwei Fünftel ihrer Vorkriegskraft und anteilmäßigen Vorkriegsbedeutung wiedergewonnen.

(In Milliarden RM und Kaufkraft von 1928)

	1913	1925	1928	1929	1931
Land- u. Forstwirtschaft	8,6	6,2	5,8	5,7	5,2
Handel und Gewerbe	14,0	11,8	12,2	11,6	8,4
Lohn und Gehalt	31,4	36,6	42,6	42,5	36,9
Kapitalvermögen	8,7	1,3	2,8	3,1	3,4
Dermietungen u. Verpachtungen	1,3	0,6	0,8	0,9	1,0
Renten und Pensionen	2,1	6,0	8,4	9,1	11,2
Privateinkommen	66,1	62,5	72,7	72,8	66,1
dazu Unverteilte Gesellschaftseinkünfte	1,8	1,0	1,3	0,8	1,1
Öff. Erwerbseinkünfte	1,7	1,6	2,5	2,4	1,1
Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	0,8	1,4	2,3	2,4	2,5

Das Arbeitseinkommen hat sich von 1913 bis zu dem bisherigen Höchststande von 1928/29 nennweise mehr als verdoppelt und an Kaufkraft um reichlich ein Drittel erhöht. Die Entwicklung des Arbeitseinkommens erscheint jedoch erst im richtigen Lichte, wenn man die gleichzeitige berufsmäßige Umschichtung der Bevölkerung berücksichtigt. Da seit der Vorkriegszeit fast der gesamte Zuwachs an Erwerbstätigen in die Arbeitnehmerberufe geströmt ist, steht der Lohn- und Gehaltssumme in der Nachkriegszeit ein viel größerer Personenkreis gegenüber. Schaltet man diesen Umstand durch Berechnung der Durchschnittseinkommen aus, so schrumpft bis 1928 der Kaufkraftzuwachs der Gesamteinkommen je verfügbaren Arbeitnehmer auf 7,5%, je Beschäftigten auf 12,5% und je Vollbeschäftigten auf 14% zusammen.

Keherei.

1918 war der Weltkrieg beendet. Deutschland verlor mangels der letzten silbernen Kugeln den Krieg. Es sollte laut Versailler Vertrag allen Schaden wieder ersetzen. Gold und Silber war zur Zahlung nicht vorhanden. Trotzdem man nach den Worten der Ententeführer dem deutschen Volke nichts anhaben wollte — man wollte nur den Geist von Potsdam treffen — verlangte man Ersatz in Form der berühmten Sachlieferungen. Deutschland, durch den Versailler Vertrag gezwungen, große Teile seiner bisherigen Fabrikation umzustellen, technisierte und rationalisierte.

Sogenannte Wirtschaftsführer konnten sich in ihren Erfolgen und sahen schon im Geiste die wirtschaftliche Eroberung der Welt. Wissenschaftler machten sich große Sorge um den Nachwuchs der Facharbeiter. Ab 1929/30 sollte der große Ausfall an Geburten kommen. Man errechnete haargenau den großen Mangel des Facharbeiternachwuchses. Den Arbeitgeber-Organisationen wurde dringend empfohlen, für die Ausbildung des Facharbeiterwachstums Sorge zu tragen. Zum Teil wurde diese Angelegenheit auch von anderem Blickfeld aus behandelt. Man wies darauf hin, zu wenig Facharbeiter könnten die Arbeitgeber in ein zu starkes Abhängigkeitsverhältnis zu diesen bringen.

Das Rad der Zeit ging weiter. Sachlieferungen aus dem Reparationsvertrage sind längst vorbei. Rationalisierte Betriebe mit ihren gewaltigen Maschinen, welche nicht streiken, nicht murren, aber auch nicht konsumieren, gib't's übergenug. Der Konsument aber wurde erwerbslos. Der immer mehr zusammenschrumpfende Konsum bringt nicht mehr die Kraft hervor, die Zinsen zu schaffen für die bei der Rationalisierung investierten Gelder. Das Ganze

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 8. bis 14. Januar ist der 2. Wochenbeitrag fällig.

Mitgliedsbücher, die vollgeklebt sind, sind zum Umtausch nach Köln einzusenden.

Das Taschenbuch 1933, von unserem Verbands herausgegeben, kostet nur 0,50 RM. Jeder Verbandskollege sollte dasselbe wegen seines praktischen und wertvollen Inhalts besitzen. Bestellungen durch die Zahlstellen.

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe erscheint im neuen Jahre zu einem ermäßigten Bezugspreis von 1,50 RM für das Vierteljahr. Bestellungen sind umgehend an die Zentrale zu richten.

nennt man wirtschaftlichen Fortschritt, die Auswirkungen heißen das „System“, und schuld daran sind die Gewerkschaften.

Die Walze kennen wir doch zur Genüge. Wir wissen zwar, daß die letzte Behauptung falsch ist und auch darum nicht richtig wird, wenn sie noch so oft wiederholt wird. Aber mit dieser Behauptung gelingt es so gut, die Kritik abzulenken von eignen Sünden der „Wirtschaft“ und die Arbeitererschaft zu verwirren. So nebenbei macht man die Gewerkschaftsführer verächtlich, schimpft auf die Bonzen und Gewerkschaftsbürokratie und beweist aufs Haar genau, daß die Gewerkschaften „versagt“ haben.

Es soll sogar Arbeiter geben, die viel eher das glauben, was die Gewerkschaftsgegner behaupten, als sich durch die Arbeit und die Erfolge der Gewerkschaften vom Gegenteil überzeugen lassen. Alle diejenigen, die gedankenlos nachplappern „Die Gewerkschaften haben versagt“ und darin eine bequeme Ausrede für ihr indifferentes Verhalten gefunden zu haben glauben, müssen wir uns ganz besonders aufs Korn nehmen.

Fr. H.

Lohn- und Tarifbewegung.

Neuer Lohnvertrag in Köln. Für Köln wurde ein neues Lohnabkommen mit Wirkung vom 1. Januar 1933 vereinbart. Die allgemeinen Bestimmungen des Lohnabkommens vom 18. 5. 1932 sind bis zum 15. Februar, dem Ablauf des Mantelvertrags, verlängert. Die Lohnsätze betragen für

- Facharbeiter über 22 Jahre RM 0,96
- Angelernte über 22 Jahre RM 0,88
- Hilfsarbeiter über 22 Jahre RM 0,80

Die übrigen Lohnsätze errechnen sich schlußförmig wie bisher. Auskunft erteilt die Zahlstelle Köln.

Kundschau.

Was kostet die Arbeitslosigkeit? Die Unterstützung der vom Internationalen Arbeitsamt in der ganzen Welt auf etwa 30 Millionen bezifferten Arbeitslosen erfordert ungeheure Aufwendungen. In Deutschland ist der Gesamtaufwand der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden von 1151 Millionen Reichsmark im Jahre 1928 auf 2973 Millionen im Jahre 1931 gestiegen. Bei einem geschätzten Gesamtlohneinkommen von 33 Milliarden belaufen sich also in Deutschland die Kosten der Arbeitslosigkeit auf rund 9 v. H. der Gesamtlohnsumme. In Großbritannien haben sich die Kosten der Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit von 51,5 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1924 bis 1925 auf schätzungsweise 120 Millionen Pfund Sterling für das Jahr 1932/1933 erhöht. Dies entspricht etwa 7,3 v. H. der Gesamtlohnsumme.

Nach einer Schätzung des Internationalen Arbeitsamts betrug der jährliche Lohnausfall von etwa 24 Millionen Dollarerwerbslosen in 20 Staaten 84 Milliarden Reichsmark.

Arbeitszeitverkürzung gegen technologische Arbeitslosigkeit. Der technische Fortschritt ist zweifellos zu einem nicht unerheblichen Teil an dem ungeheuren Ausmaß der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit beteiligt. Das Internationale Arbeitsamt zeigt in einem soeben erschienenen Bericht über „Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit“, in welchem Ausmaß die Maschine in den letzten Jahren die Handarbeit zu verdrängen vermochte. In der Glasindustrie ist eine Owens-Maschine, die von 9 Arbeitern bedient wird, an die Stelle

